

Wochenspiegel

27. Februar – 05. März 2021

Darüber diskutiert Frankreich

Seite 1/2

Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister, Bruno Le Maire, schließt eine kurzfristige Aufstockung des französischen Konjunkturprogramms aus. Kurz nachdem sich François Bayrou, Hoher Kommissar für strategische Wirtschaftsplanung und Vorsitzender der zentristischen Partei MoDem, noch für eine Verdopplung des französischen Konjunkturprogramms aussprach, wird es vorerst keinen "nationalen Marshallplan" geben. Le Maire erklärte: "Heute geht es darum, das bereits zur Verfügung gestellte Geld auszugeben, die 100 Milliarden Euro schnell in Arbeitsplätze und Investitionen in ganz Frankreich zu stecken". Diese 100 Milliarden Euro entsprechen ungefähr 4% des französischen Bruttonlandprodukts.

Clément Beaune drängt auf eine Beschleunigung des europäischen Konjunkturprogramms, um noch vor dem Sommer die ersten Zahlungen zu erhalten. Die französische Staatsverschuldung wird in diesem Jahr bei rund 122 % des BIP liegen. Von den insgesamt 750 Milliarden Euro soll Frankreich 40 Milliarden erhalten. "Zu wenig", beteuert der französische Europa-Staatssekretär, Clément Beaune, der mit der französischen EU-Ratspräsidentschaft eine Überarbeitung der europäischen Stabilitätskriterien in Betracht zieht. Zusammenfassend äußerte sich Beaune auf Twitter: "Beschleunigung des EU-Recovery-Plans, Schaffung neuer Ressourcen für den EU-Haushalt, Anpassung unserer Regeln, Vorbereitung auf die französische EU-Ratspräsidentschaft."

Rückverlagerung von Produktionsstätten aus dem Ausland nach Frankreich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Nach Angaben der Regierung sollen in den nächsten fünf Jahren nicht nur 9.300 neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch der Verlust von 16.000 Arbeitsplätzen verhindert werden. Das Ziel sei es, die Rückkehr von Industrien und Unternehmen nach Frankreich voranzutreiben. Neben der Rückverlagerung sollen mehr als 150 Projekte im ganzen Land unterstützt werden, wie zum Beispiel die Eröffnung eines Labors, das auf die Herstellung von Fermenten für die Agrar- und Lebensmittelindustrie spezialisiert ist oder die Entwicklung eines hochspezialisierten Nanoelektrikgeschäfts für Sicherheit und Telekommunikation. Darüber hinaus soll die Abhängigkeit von im Ausland produzierten Waren verringert werden. Beispielsweise erhält Frankreich den Großteil seiner elektronischen Chips für die Automobilindustrie von einer einzigen Firma aus Taiwan. Aufgrund eines Lieferproblems mussten französische Hersteller kürzlich ihre Produktion stoppen.

Der Telekommunikationsanbieter SFR plant 1.700 Entlassungen. Bis 2025 will sich SFR von 1.700 Mitarbeitern, das sind 17,7% der Belegschaft, trennen, vor allem in seinem Shop-Netz. Die Mitteilung wurde am Mittwoch auf einer Sitzung des Sozial- und Wirtschaftsausschusses (CSE) des Unternehmens verkündet. Abdelkader Choukrane, Vertreter der Mehrheitsgewerkschaft von SFR (UNSA), warnt: "Wir wollen die Gründe für diesen Plan verstehen, sicherstellen, dass wir keine neuen Arbeitslosenzahlen verantworten und Verpflichtungen gegenüber denjenigen zeigen, die bleiben, sonst werden wir nicht unterschreiben." Die Entscheidung werfe Zweifel auf, die Firma sei weit davon entfernt in finanziellen Schwierigkeiten zu stecken. Allein im Jahr 2020 konnte das Unternehmen seinen Umsatz um 2,4% auf 10,6 Milliarden € erhöhen.

Frankreich erkennt Mord und Folter an algerischem Anwalt Ali Boumendjel aus dem Jahr 1957 offiziell an und empfängt vier seiner Enkel im Elysée-Palast. Am Mittwoch verkündete Emmanuel Macron die Anerkennung der Ermordung des nationalistischen Aktivisten Ali Boumendjel am 23. März 1957. Die algerische Presse begrüßte diese "Geste" Macrons. Sohn des Opfers, Farid Boumendjel, bezeichnete diese Entscheidung als eine große Erleichterung und hofft, dass diese auch auf andere algerische Familien ausgeweitet werde, die bis heute auf die Wahrheit über ihre vermissten, gefolterten und ermordeten Kinder warten. Der Historiker Amar Mohand Amer vermutet, dass diese Geste der Anerkennung kein isolierter Akt, sondern der Anfang eines Anerkennungsprozesses von Kriegsverbrechen sei. Darüber hinaus sei es politisch wichtig anzuerkennen, dass es Folter und politische Morde gegeben und dass es die französische Besatzungsarmee war, die diese Morde begangen habe. Kommendes Jahr stehen nicht nur die französischen Präsidentschaftswahlen, sondern auch der 60. Jahrestag der algerischen Unabhängigkeit an. Französische Wähler algerischer Herkunft dürften Macron's Geste begrüßen, so Lahouari Addi, Professor für Soziologie am Institut für politische Studien in Lyon.

Ex-Präsident Nicolas Sarkozy zu drei Jahren Haft verurteilt. Das frühere französische Staatsoberhaupt, Nicolas Sarkozy, ist am Montag wegen Bestechung eines hohen Justizbeamten und unerlaubter Einflussnahme zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Zwei Jahre davon setzte das Strafgericht zur Bewährung aus. Weiterhin erklärte das Gericht, dass Sarkozy die restliche Strafe unter elektronischer Überwachung zu Hause verbüßen dürfe. Sarkozy hat nach wie vor Einfluss in bürgerlich-

konservativen Kreisen. Anhänger und Abgeordnete der "Republicains" bezeichneten das Urteil als "unfair" und "überdimensional" und halten an seiner Integrität fest. Der Fraktionsvorsitzende der "Les Republicains", Damien Abad, twitterte diese Woche: "Heute möchte ich noch einmal meine Freundschaft mit dem Präsidenten Nicolas Sarkozy zum Ausdruck bringen. Sein Leben ist eine Abfolge von Prüfungen, die er immer wieder mit Energie und Mut überwunden hat. Er wird es wieder einmal unter Beweis stellen können." Am 17. März beginnt für Sarkozy ein weiterer Prozess, die Bygmalion-Affäre, die die Überziehung seiner Wahlkampfkonten im Jahre 2012 betrifft.

Gründung einer Online-Diskussionsplattform für den Dialog mit der französischen Jugend. Rachida Dati, aktuell Bürgermeisterin des 7. Arrondissements in Paris und ehemalige Justizministerin unter Staatspräsident Sarkozy, startete die Plattform „La France vous appartient“ (Frankreich gehört euch“). Ihr Ziel ist es, sich mit jungen Menschen auszutauschen und über Vorschläge des „Frankreichs von morgen“ zu debattieren. Sie möchte denjenigen ein Gehör verschaffen, die von der Covid19-Krise hart getroffen wurden. In den sozialen Medien äußerte sie sich besorgt um die Jugend: „Die jungen Erwachsenen wurden in der Gesundheitskrise zu lange vergessen. Sie sind heute in eine Notlage geraten, aber sie haben sich nicht mit ihrem Schicksal abgefunden. Sie haben Ideen, sie wollen etwas tun. Sie wollen die Herausforderungen annehmen, vor denen Frankreich steht: soziale Herausforderungen, ökologische Herausforderungen, Herausforderungen der Sicherheit und der Gesundheit.“ Diesen Mittwoch fand bereits das zweite Online-Treffen zum Thema „Ungleichheiten in der Hochschulbildung“ statt. Hinweise, dass Rachida Dati als Präsidentschaftskandidatin für die bürgerlich-konservative Partei „Les Républicains“ in Rennen gehen möchte, mehren sich.

COVID19 -Wochenendausgangssperre für ein weiteres Département in Frankreich. Vorerst wird in nur einem weiteren französischen Département, Pas-de-Calais, eine Ausgangssperre am Wochenende verhängt. Die Inzidenz liegt dort bei über 400 Fällen gerechnet auf 100.000 Einwohner, welche doppelt so hoch ist wie die des Landesdurchschnitts (228,2 Neuinfektionen). Die epidemische Lage der 20 "kritischen" Départements werde weiter beobachtet.

**DIE ZAHL DER WOCHE****13%**

Laut INSEE (Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien) wurden im Januar 2021 etwa 53.900 Babys in Frankreich geboren. Das sind 13 Prozent weniger Geburten als im Vorjahreszeitraum. Im Zuge des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 wurde ein "Babyboom" vorausgesagt. Selbst mit einem kontinuierlichen Rückgang der Geburtenrate fallen diese Zahlen durch ihre Größenordnung auf. Im Jahr 2019 betrug der prozentuale Rückgang nur circa 0,7 Prozent. Für Experten besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den Emotionen Angst und Unsicherheit und der geringeren Geburtenrate. Gilles Pison, Forscher am französischen Nationalen Institut für Demografische Studien (INED) und Professor am Nationalen Museum für Kunstgeschichte, betont, dass seit dem Ende des 2. Weltkrieges Wirtschaftskrisen immer zu einem Geburtenrückgang geführt haben. In Krisenzeiten entscheiden sich Paare dafür Kinderpläne zu verschieben. Noch sei nicht klar, ob der Geburtenrückgang ein dauerhafter Trend oder nur ein vorübergehendes Phänomen sei.